

ligt und konnten wohl keine Gelder bewilligen, wollten sie nicht zahlreiche ähnliche Gesuche provozieren, und andererseits konnte ein geistliches Fürstentum, das existentiell auf den Rückhalt an Kaiser und Reich angewiesen war, Reichssteuern nicht „entfremden“, ohne selbst zur Zerstörung des Reichs beizutragen. Nicht zuletzt war das Hochstift auch strukturell an einer solchen selbstsüchtigen Politik gehindert. — Ferner sei hervorgehoben, daß die Fortifikation des Marienbergs und der Stadt Würzburg nicht gegen eine innere Bedrohung gerichtet war; eine derartige Gefährdung gab es offenbar nicht, und die Erinnerung an den Bauernkrieg, auf den im 16. Jahrhundert wiederholt warnend bei Mißständen hingewiesen worden war, scheint unterdessen erloschen zu sein. Die Furcht vor einer Erhebung spielte beim Ausbau der Fortifikationsanlagen augenscheinlich keine Rolle.

2) Zu Recht hat Frau Prof. Ennen auf die vielen Funktionen hingewiesen, die Würzburg als Haupt-, Residenz- und Festungsstadt für das Hochstift übernahm, und selbstverständlich sind die zu beobachtenden infrastrukturellen Verbesserungen des 17. und 18. Jahrhunderts ursächlich nicht nur auf eine dieser Funktionen zurückzuführen. Bei den Regulierungsarbeiten am Main und an den die Stadt durchquerenden Bächen, bei der Neuanlage von Stadttoren etc. wird der Befestigung aber mehr als bloß eine Initialfunktion zugesprochen werden müssen, waren einige dieser Projekte doch längst vor der Verlegung der fürstbischöflichen Residenz in die Stadt in Angriff genommen worden, so daß dem Wunsch nach repräsentativer Ausgestaltung Würzburgs zu dieser Zeit meines Erachtens im Vergleich zum Streben nach Sanierung eher periphere Bedeutung zukam.

3) Für Würzburg läßt sich die Vermutung, daß der Verkauf des bei der Stadtbefestigung und (bedingten) -erweiterung gewonnenen Geländes einen finanziellen Grundstock für die Fortifikationsarbeiten bildete, keineswegs bestätigen. An Bauplätzen herrschte hier nämlich kein Mangel, wohl aber fehlte es an potentiellen Bauwilligen, denn oft mußte der Landesherr erst beachtliche Steuerprivilegien bewilligen, um Bauherren zu finden, insbesondere wenn die Gebäude repräsentativen Ansprüchen genügen sollten.

4) Die zeitweise parallele Bautätigkeit an der Residenz und an der Stadtfortifikation hat für die Territorialherren tatsächlich erhebliche Probleme aufgeworfen, wie schon ein flüchtiger Blick auf die entsprechenden Ausgaben erkennen läßt; doch unzweifelhaft setzten die Fürstbischöfe je nach politischer Lage und persönlichen Neigungen Schwerpunkte und forcierten die Arbeiten hüben oder drüben. Im übrigen reichten neben den Finanzmitteln auch die Kapazitäten auf dem Arbeitsmarkt und beim Baumaterial nicht aus, um beide Vorhaben mit unverminderter Intensität voranzutreiben. Allerdings darf man sich über die Höhe der in diesen Dezennien ausgegebenen Gelder nicht täuschen, denn sie beliefen sich beim Ausbau der Fortifikationsanlagen im Jahresdurchschnitt auf 20 000 bis 40 000 (fränk.) Gulden; Fronarbeiten und -fuhren sind dabei nicht veranschlagt. — Als planmäßig eingesetztes Finanzierungsinstrument für den fürstbischöflichen „Kriegsstaat“ haben die Würzburger Subsidientruppen nicht gedient; zwar hat das Hochstift zuweilen Truppen gegen Bezahlung in fremde Dienste gegeben, doch zumeist nur in kaiserlichen Sold oder mit habsburgischem Placet in den Dienst einer mit der casa d'Austria verbündeten Macht. Diese meist kurzfristigen Engagements stellten finanziell keine große Entlastung dar, weil die vertraglich ausgehandelten Gelder nur schleppend eingingen, manchmal — insbe-